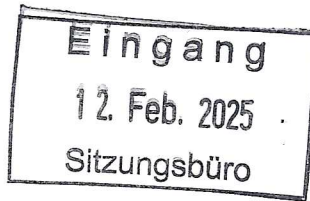


**Zukunft Düren - sozial, grün, bunt und bürger\*innennah**

SPD, Bündnis90/Die Grünen, Bunte und Bürger für Düren

An die Vorsitzende des Sozialausschusses  
Liesel Koschorreck MdR



Düren, den 12.02.2025

**Antrag gemäß § 3 Geschäftsordnung**

Sehr geehrte Frau Koschorreck,

die Koalition Zukunft bittet, den nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung des Sozial-Wohnungs- und Inklusionsausschusses am 26.02.2025 zu setzen.

**Keine Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete im Zuständigkeitsbereich der Kommune.**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Düren sieht keine Notwendigkeit für die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete im Zuständigkeitsbereich der Kommune und lehnt die Einführung ab. Die Verwaltung wird beauftragt, die bisherige Praxis der Leistungsauszahlung beizubehalten und von der sog. Opt-Out-Regelung“ Gebrauch zu machen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass auch in Düren einige Geflüchtete (z.B. in der Landeseinrichtung ZUE in Gürzenich) die landesweit gültige Bezahlkarte erhalten werden. Der Rat fordert von der Landesregierung, dass eine solche Bezahlkarte die Nutzer/innen nicht diskriminieren.

**Begründung:**

Im Dezember hat der Landtag NRW die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zur Einführung der sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete beschlossen. Allerdings haben einige Kommunen zuvor deutlich gemacht, dass sie bereits über erprobte Möglichkeiten der Leistungserbringungen verfügen und daran festhalten wollen. Mit der Opt-Out-Regelung können Kommunen nun entscheiden, die Bezahlkarte bei sich nicht einzuführen. So ist sichergestellt, dass sie die Möglichkeit haben, an bürokratieärmeren und integrationsfördernden Girokontenmodellen festzuhalten. Keine Bezahlkarte kann besser sein als ein Girokonto.

Nach unseren Informationen gibt es in der Verwaltung der Stadt Düren bereits gut funktionierende Abläufe, bei denen die Geflüchteten ihre Leistungen über reguläre Bankkonten erhalten. Eine Bezahlkarte würde stattdessen nicht zu einer Entlastung der Verwaltungsabläufe führen, sondern durch Doppelstrukturen bürokratischen Mehraufwand erzeugen und zeitliche, sowie personelle Ressourcen der Mitarbeitenden binden. Die Verwaltung mag hierzu Stellung nehmen.

Die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete wird derzeit in vielen Kommunen diskutiert. Einige haben sich aus unterschiedlichen Gründen bereits dagegen ausgesprochen.

Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kirchen kritisieren eine diskriminierende und integrationshemmende Wirkung: Die Bezahlkarte stigmatisiere geflüchtete Menschen, bevormunde sie in ihrer Lebensführung, erschwere ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und behindere so nicht zuletzt auch die der in der Integrationsarbeit Tätigen.

Dieser Antrag dient dazu, auf der Grundlage der inzwischen gesetzlich beschlossenen Regelungen den notwendigen konkreten Opt-out-Beschluss zu fassen.

Mit freundlichen Grüßen



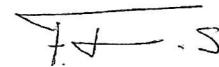
Dagmar Nietan



Verena Schloemer



Valentin Veithen



Frank Heinrichs